



ALTERNATIVE NACHRICHTEN GÜNZBURG KRUMBACH

Ausgabe 8
Dezember 2020/Januar 2021

SPEZIAL:

WAS IST DER „GREAT RESET“?

Mitten im Höhepunkt der Coronakrise hat das Weltwirtschaftsforum seine Kampagne „The Great Reset“ vorgestellt. Was steckt dahinter?

Das Weltwirtschaftsforum WEF ist die Plattform der einflussreichsten Konzerne und Großbanken der Welt. Finanzgrößen wie BlackRock und J.P. Morgan und Großkonzerne wie Microsoft und Google geben sich hier die Klinke in die Hand. Jedes Jahr veranstaltet man im Schweizer Davos eine Konferenz, die so hochkarätig besetzt ist, dass sie von über 5.000 Soldaten bewacht werden muss. Medienvertreter, Staatsmänner und Konzernlenker kommen hier zusammen und beschließen, wie es weitergehen soll mit der Welt. Was hier beschlossen wird, taucht in der Regel wenig später auf der Tagesordnung

der wichtigsten Regierungen weltweit auf – so auch diesmal. Kaum war der sogenannte „Great Reset“ verkündet, meldeten sich zahlreiche Staatsmänner (und -frauen) zu Wort und bekundeten ihre Unterstützung für die Kampagne. Auch Ursula von der Leyen machte bereits klar, dass die EU die Agenda des WEF unterstützen wird. Doch was wollen die Konzerne mit ihrem „Great Reset“ erreichen? Nichts weniger als die Rettung der Welt. Man will so ziemlich alle echten oder vermeintlichen Probleme der Welt lösen, vom Klimawandel über angeblichen Nationalismus bis hin zu Gleichberechtigung. Und wie will man das erreichen? Durch eine Machtverschiebung hin zu den Vereinten Nationen. Droht uns hier also bald ein Bürokratie-Monster, das global agieren darf? Und wer würde davon wohl profitieren?

- **Die Selbstdarstellung des Markus Söder**
- **Deutsche Industrie**

Weitere Themen:

- **Titel: Der „Great Reset“**
- **TOPTHEMA: Kollateralschäden**
- **GEZ: Was ist da los?**
- **Corona-Soli?**
- **INFO: Lufthansa**
- **Schluss mit Corona-Hilfen?**
- **Sensoren an Kindern**
- **Eine Milliarde „gegen rechts“**
- **Die gute Nachricht**

TOPTHEMA: KOLLATERALSCHÄDEN

Alle Welt scheint sich einig: Die Coronamaßnahmen sind allesamt angebracht und verhältnismäßig. Schließlich geht es darum, Menschenleben zu retten. Worüber jedoch kaum gesprochen wird, sind die Kollateralschäden der weltweiten Lockdowns. Und hier sieht es zunehmend so aus, als würde man gewissermaßen über das Ziel hinausschießen. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen prognostiziert, dass infolge der Corona-Pandemie bis Ende des Jahres 120 Millionen

Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt. Darf man hunderten Millionen Menschen ihre wirtschaftliche Existenz rauben? Darf man zulassen, dass in Entwicklungsländern Nahrungsmittel und Medikamente knapp werden? Darf man also ein Menschenleben gegen das andere aufwiegen? Diese Frage wurde im Rahmen der Coronakrise nie gestellt, obwohl sie mittlerweile brandaktuell ist. Die renommierte Hilfsorganisation OXFAM warnt, dass wegen den



**HUNGER:
WELTERNÄHRUNGSKRISE
VORAUSS**

Menschen zusätzlich von Hunger betroffen sein werden. Das trifft insbesondere auf Entwicklungsländer zu, doch auch die USA sind massiv betroffen. Dort sind aktuell rund 50 Millionen Menschen von Lebensmittelpässen betroffen, vor den örtlichen Tafeln bilden sich mittlerweile kilometerlange Schlangen. Wir sprechen hier wohlgermerkt von den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Kollateralschäden der Coronamaßnahmen sind also verheerend und werfen die Frage auf, ob hier noch die

Coronamaßnahmen bis zum Jahresende täglich mehr Menschen zusätzlich verhungern könnten, als durch das Virus aktuell täglich sterben. Genau genommen führen wir also seit Februar 2020 eine weltweite Triage durch: Um uns selbst vermeintlich zu schützen, nehmen wir bedeutend mehr Opfer in anderen Ländern in Kauf. In einer globalisierten Welt kann man nicht ohne Rücksicht auf Verluste einfach sämtliche Lieferketten unterbrechen. Ob diese Zusammenhänge wohl bei Merkel und Söder bekannt sind? Man sollte es ihnen sagen.

DIE SELBST-DARSTELLUNG DES MARKUS SÖDER

Markus Söder ist ein Macher. Ein Krisenmanager. Einstratege. Söder manövriert Bayern so souverän durch die Coronakrise, dass der Freistaat von Beginn an die meisten Coronafälle zu verzeichnen hat – sowohl absolut als auch in Relation zur Einwohnerzahl. Deswegen ist es nur richtig, dass die Medien den Bayerischen König...also, den Ministerpräsidenten, bereits jetzt als Kanzlerkandidaten aufbauen. So ganz klar ist es zwar nicht, was Söder nun in der Coronakrise besser gemacht hat als die anderen Ministerpräsidenten, aber darum scheint es wohl auch gar nicht zu gehen. Söder hat nun zum zweiten Mal bewiesen, dass er sich brav von den Medien herumkommandieren lässt. Letztes Jahr wurde er innerhalb kürzester Zeit vom konservativen Haudegen zum grünen Weltretter – weil die Medien diesen Kurs vorgaben. Und aktuell hält er sich brav an den Corona-Kurs der Medien und sorgt dafür, dass das Angstniveau im Freistaat möglichst hoch bleibt. Klar, dass die Medien ihn dafür lieben.





„An Lockdown-Folgen sterben weit mehr Menschen als am Virus.“

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU)

Entwicklungsminister Müller warnt, dass infolge der weltweiten Lockdowns weit mehr Menschen sterben als am Coronavirus selbst. Insbesondere durch Medikamenten- und Lebensmittelknappheit werden 2020/2021 voraussichtlich mehrere Millionen Menschen zusätzlich versterben. Die Ursache liegt auf der Hand: Die Lockdowns haben die globalen Lieferketten für Medikamente und Nahrungsmittel in weiten Teilen unterbrochen. Die Auswirkungen in Entwicklungsländern sind verheerend.

GEZ: WAS IST DA LOS?

Der Rundfunkbeitrag soll von 17,50 Euro auf 18,36 Euro pro Monat steigen. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn die aufwändige Desinformation, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk täglich abliefert, ist sehr kostenintensiv. Auch die hohen Gehälter der Intendanten von teilweise 400.000 Euro wollen bezahlt sein. Da ist es nur logisch, dass die Bürger zukünftig stärker zur Kasse gebeten werden müssen. Doch es gibt Grund zur Hoffnung: Damit der Rundfunkbeitrag erhöht

werden kann, müssen alle Bundesländer zustimmen. Doch Sachsen-Anhalt stellt sich bislang quer und verhindert damit die weitere Schröpfung der Bürger. Die Medien schäumen vor Wut und werfen Sachsen-Anhalts Ministerpräsidenten Haseloff vor, die Rundfunkfreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gefährden. Das ist eine glatte Lüge. Haseloff scheint einfach nur nicht einzusehen, warum die Bürger für das lausige Angebot des Rundfunks noch mehr lohnen sollen.

CORONA-SOLI?

Manchen Bürgern ist nicht klar, woher eigentlich das viele Geld kommt, das die Bundesregierung aktuell so gönnerhaft verteilt. Auch wissen einige nicht, dass der Staat dieses Geld nicht auf dem Konto liegen hatte und die hunderten Milliarden Euro Neuverschuldung früher oder später zurückgezahlt werden müssen. Dabei stellt sich die Frage, wer genau das Geld zurückzahlen wird. Betrachtet man die Steuerpolitik unter Angela Merkel, so wird schnell klar: Merkel hat Superverdiener stets geschont und

die Mittelschicht gnadenlos abkassiert. Auch die Unkosten der Coronakrise werden also sicher auf die Leistungsträger der Gesellschaft, also den Mittelstand, abgewälzt. Aus Regierungskreisen hört man bereits, dass ein „Corona-Soli“ eingeführt werden soll – natürlich nur für Spitzenverdiener. Doch der Begriff „Spitzenverdiener“ ist bei Merkel äußerst weit gefasst und Polizisten oder Lehrer fallen regelmäßig in die höchsten Steuersätze. Es scheint also schon festzustehen, wer die Zeche zahlen darf.

INFO: LUFTHANSA

Die Deutsche Lufthansa nutzt die Coronakrise für große Veränderungen. Neben dem massiven Stellenabbau von ca. 30.000 Stellen allein in diesem Jahr nutzt der Konzern die Gelegenheit, um neue Check-In-Verfahren zu etablieren. So sollen Fluggäste der Lufthansa zukünftig einen sogenannten „CommonPass“ nutzen, mit dem sie ihren Impfstatus gegen das Coronavirus

nachweisen können. Auch weitere persönliche Daten sollen in dem Cloud-basierten System gespeichert werden. Zusätzlich führt die Lufthansa -zunächst auf freiwilliger Basis- auch einen neuen Check-In mit biometrischer Gesichtserkennung ein. Besonders bemerkenswert: Die dabei anfallenden biometrischen Daten (z.B. das Gesichtsmuster) der Passagiere werden auf einer

Microsoft-Cloud gespeichert. Microsoft hat es damit offensichtlich geschafft, das bereits drei Jahre alte Projekt „ID2020“ zur Anwendung zu bringen – nur unter anderem Namen und mit „Corona“ als Vorwand. Die Lufthansa liefert ihre Passagiere damit dem US-Konzern aus und vielen Reisenden dürfte nicht wirklich bewusst sein, wo ihre Daten am Ende landen werden.

SCHLUSS MIT CORONA-HILFEN?

Angela Merkel hat bei ihrer letzten Regierungserklärung angekündigt, dass die Corona-Hilfen für die Wirtschaft nicht unbegrenzt fortgezahlt werden können. Kurz darauf einigte sie sich mit den Ministerpräsidenten auf einen harten Lockdown mit Schließung zahlreicher Wirtschaftssektoren. Betrachtet man diese beiden Entwicklungen zusammen, wird schnell klar, worauf wir hier

zusteuern: Der deutsche Mittelstand wird sterben, wenn die aktuelle Politik fortgesetzt wird. Doch ist das alles sinnvoll und angemessen? Das RKI gibt an, dass es im Einzelhandel, in der Gastronomie und auch in Hotels kaum zu Ansteckungen kommt. Genau die Bereiche, die also durch strenge Hygienekonzepte für optimalen Schutz gesorgt haben, werden nun durch Schließungen

in den Ruin getrieben. Das ist nicht nur unsinnig, sondern auch in hohem Maße ungerecht für die Unternehmen. Millionen Menschen werden durch die erneuten Schließungen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet und gleichzeitig kündigt die Bundeskanzlerin an, dass die Hilfszahlungen bald deutlich reduziert werden. Wo soll das am Ende hinführen?

SENSOREN AN KINDERN

Im Saarland läuft derzeit ein Pilotprojekt mit dem Ziel, das Infektionsgeschehen an Schulen zu analysieren. Für diesen Zweck werden dort 3000 Schüler mit mikro-elektronischen Sensoren ausgestattet. Die Sensoren messen den Abstand zu anderen Kindern und schlagen Alarm, wenn sich die Schüler zu nahe kommen. Was vielleicht eine gut gemeinte Idee war, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als

reichlich abwegiges, vielleicht sogar abnormales Vorhaben. Bereits bei der Corona-Warn-App stellt sich die berechtigte Frage, ob die Einführung derartiger Tracking-Systeme eine gute Idee ist. Wenn aber nun schon Kinder mit Sensoren ausgestattet werden, sollte jedem klar werden, dass hier ganz massiv über das Ziel hinausgeschossen wird. Es ist ohnehin schon grenzwertig, Kinder zu permanentem Abstand

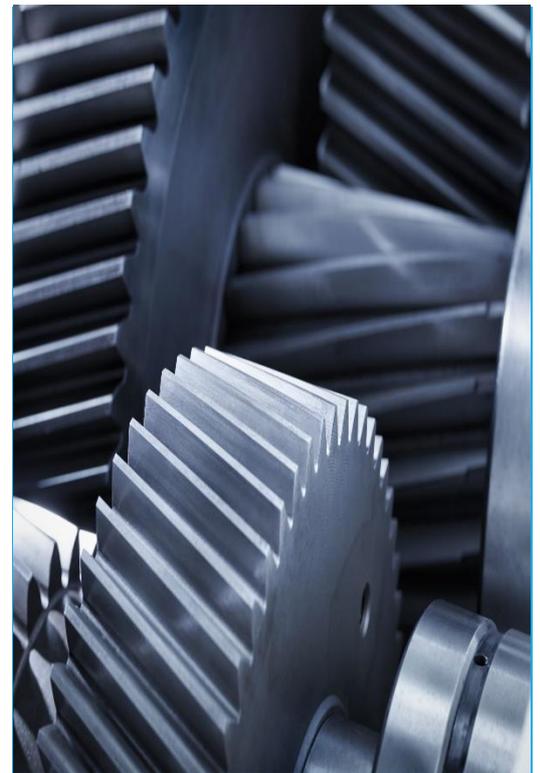
anzuhalten. Das ganze aber nun auch noch mit digitaler Technologie zu überwachen, stellt eine absolute Grenzüberschreitung dar. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Projekt eine Ausnahme war und nicht bald alle Kinder in Deutschland dazu genötigt werden, sogenannte „Corona-Armbänder“ zu nutzen. George Orwells „1984“ ließe sonst grüßen.

EINE MILLIARDE „GEGEN RECHTS“

Die Bundesregierung hat ein Maßnahmenpaket im Umfang von einer Milliarde Euro für den Kampf „gegen rechts“ beschlossen. Da Medien und Regierung heutzutage alles als „rechts“ titulieren, was vom Regierungskurs abweicht, müsste man das Maßnahmenpaket ehrlicherweise umbenennen: „Eine Milliarde für den Kampf gegen die konservative Opposition.“ Wir sind also in Deutschland mittlerweile soweit gekommen, dass die Bundesregierung ihre politischen Gegner mit Staatsmitteln bekämpfen muss. Mittlerweile wird sogar offen gefordert, die AfD direkt zu verbieten. Was sagt das über unsere Regierung aus? Es ist genau genommen ein Zeichen der Schwäche, wenn man sich im Kampf gegen den politischen Gegner derartiger Mittel bedienen muss. Wenn man sich sicher ist, mit seinem Kurs dauerhaft erfolgreich zu sein, dann kann man sich solche Schmutzkampagnen

gegen die Opposition eigentlich sparen. Offensichtlich ist man sich im Kanzleramt aber doch nicht so sicher, ob einem die Bevölkerung die vielen Schweinereien der vergangenen Jahre so einfach durchgehen lässt. Merkel, Söder und Co. wollen also auf Nummer sicher gehen und lieber gleich alles verbieten, was einem früher oder später noch in die Quere kommen könnte. Doch wird man seinen Gegner wirklich los, indem man ihn verbietet? Oder staut man damit nur die Unzufriedenheit der Bürger auf und wird dann später von einer Welle des Protests überrollt? In jedem Falle sind die verzweifelten Rufe der Altparteien nach dem Verfassungsschutz ein durchschaubares Manöver und erinnern an die Endphase der DDR, als die damalige SED-Regierung die schmutzigsten Methoden anwendete, um die Kontrolle über die Bevölkerung zu behalten. Und wir wissen alle, wie das am Ende ausging. Also, alles kein Grund zur Sorge.

„Der Kampf „gegen rechts“ ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die konservative Opposition.“



DEUTSCHE INDUSTRIE

Deutschland ist ein Industriestandort. Doch es ist fraglich, ob das auch in zehn Jahren noch so sein wird, denn dunkle Wolken ziehen auf über dem Land des Maschinenbaus und der Automobilindustrie. Der Standort Deutschland läuft Gefahr, von einem ökosozialistischen Tsunami erfasst zu werden. Die Vorboten hören auf Namen wie Markus Söder und Robert Habeck, denn diese beiden Politdarsteller liebäugeln bereits mit einer „echten großen Koalition“ auf Bundesebene. Doch Schwarz-Grün wäre nicht nur wegen einem Vizekanzler Habeck unerträglich, sondern auch wegen dem dann unvermeidbaren Niedergang der deutschen Industrie. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens dieser Kelch an der deutschen Industrienation vorbeigeht.

DIE GUTE NACHRICHT

Der Höhenflug der Grünen ist vorbei. Während die selbsternannten Weltretter (und Vielflieger) Mitte letzten Jahres in den Umfragen noch bei bis zu 27 Prozent lagen, liegen sie aktuell bei 17 Prozent und damit ungefähr gleichauf mit der SPD. Es ist zwar zu erwarten, dass die Medien im Sommer 2021 wieder Dauerfeuer zum Thema Klimawandel schießen werden, doch dürften die

Bürger bis dahin andere Sorgen haben. Denn die Auswirkungen der Coronamaßnahmen werden bis zur kommenden Bundestagswahl Millionen Menschen ihre wirtschaftliche Existenz geraubt haben und man wird dann andere Sorgen haben als die teure Rettung des Weltklimas. Es ist also anzunehmen, dass die Grünen ihre bisherigen Höchstwerte in den

Umfragen nicht mehr erreichen werden. Das erspart uns zwar nicht unbedingt eine schwarz-grüne Koalition, aber zumindest einen Bundeskanzler Habeck. Und das ist doch wohl wirklich eine gute Nachricht!

IMPRESSUM | V.i.S.d.P.

ANSCHRIFT:

Gerd Mannes, MdL
Max-Planck-Straße 1
81675 München

TELEFON:

089 4126-3412

E-MAIL:

gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Bildnachweise:

Seite 2: Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12_Markus_Söder_CSU_8341.jpg), „2018-10-12 Markus Söder CSU 8341“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 6: Guido Radig (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum_-_Frontseite_-_Panorama.jpg), „Maximilianeum - Frontseite - Panorama“, [Zuschnitt und Änderung auf S/W, https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode](https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode)

Besuchen Sie mich unter:

www.gerd-mannes.de

www.instagram.com/gerdmannes/

www.facebook.com/GerdMannes/

www.twitter.com/GerdMannesAfD

